



Statuten

vom 15. Juli 2020

Inhaltsverzeichnis

1. Name und Sitz.....

Art. 1	Name.....
Art. 2	Sitz.....

2. Zweck, Mittel und Grundsätze.....

Art. 3	Zweck und Mittel.....
Art. 4	Grundsätze zur Vermietung.....
Art. 5	Grundsätze zu Bau und Unterhalt der Gebäude.....
Art. 6	Unverkäuflichkeit der Grundstücke, Häuser und Wohnungen.....

3. Mitgliedschaft: Erwerb, Verlust und Pflichten.....

Art. 7	Erwerb der Mitgliedschaft.....
Art. 8	Erlöschen der Mitgliedschaft.....
Art. 9	Austritt.....
Art. 10	Tod.....
Art. 11	Ausschluss.....
Art. 12	Eheschutz, Ehescheidung.....
Art. 13	Verpfändung und Übertragung von Genossenschaftsanteilen.....
Art. 14	Persönliche Pflichten der Mitglieder.....

4. Finanzielle Bestimmungen.....

Art. 15	Genossenschaftsanteile.....
Art. 16	Verzinsung der Genossenschaftsanteile.....
Art. 17	Rückzahlung der Genossenschaftsanteile.....
Art. 18	Wohnungsanteile.....
Art. 19	Depositenkasse.....
Art. 20	Haftung.....
Art. 21	Jahresrechnung und Geschäftsjahr.....
Art. 22	Reservefonds.....
Art. 23	Weitere Fonds.....
Art. 24	Entschädigung der Organe.....

5. Organisation

Organe

Art. 25 Überblick

Generalversammlung

Art. 26 Befugnisse

Art. 27 Einberufung und Leitung

Art. 28 Stimmrecht

Art. 29 Beschlüsse und Wahlen

Vorstand

Art. 30 Wahl und Wählbarkeit

Art. 31 Aufgaben

Art. 32 Kompetenzdelegation

Art. 33 Vorstandssitzungen

Revisionsstelle

Art. 34 Wahl

Art. 35 Aufgaben

Siedlungsorgane

Art. 36 Siedlungsversammlung

Art. 37 Siedlungskommission

6. Schlussbestimmungen

Auflösung durch Liquidation bzw. Fusion

Art. 38 Liquidation

Art. 39 Liquidationsüberschuss

Art. 40 Fusion

Bekanntmachungen

Art. 41 Mitteilungen und Publikationsorgan

Art. 42 Genehmigung durch das Bundesamt für Wohnungswesen

Vorbemerkung: In diesen Statuten werden wegen der besseren Lesbarkeit durchwegs männliche Ausdrücke verwendet. Ist eine Person weiblichen Geschlechts damit gemeint, so ist der Ausdruck in der weiblichen Form zu lesen.

1. Name und Sitz

Art. 1 Name

Unter dem Namen «Bau- und Wohngenossenschaft UF DORF» besteht eine auf unbeschränkte Dauer gegründete gemeinnützige, politisch unabhängige und konfessionell neutrale Genossenschaft im Sinne von Art. 828 ff. OR. Name

Art. 2 Sitz

Sitz der Genossenschaft ist Männedorf. Sitz

2. Zweck, Mittel und Grundsätze

Art. 3 Zweck und Mittel

¹ Die Genossenschaft verfolgt den Zweck, in gemeinsamer Selbsthilfe und Mitverantwortung ihren Mitgliedern zeitgemässen und preiswerten Wohnraum zu verschaffen und zu erhalten. Sie ist bestrebt, Wohnraum für alle Bevölkerungskreise anzubieten, insbesondere für Familien, Behinderte und Betagte. Sie fördert das Zusammenleben im Sinne gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und gegenseitiger Solidarität. Zweck

² Sie sucht diesen Zweck insbesondere zu erreichen durch: Mittel

- a) Erwerb von Bauland und Baurechten;
- b) Bau und Erwerb von Ein- und Mehrfamilienhäusern, die den zeitgemässen genossenschaftlichen Wohnbedürfnissen entsprechen;
- c) Sorgfältigen und laufenden Unterhalt und periodische Erneuerung der bestehenden Bauten;
- d) Errichtung von Ersatzneubauten, wenn die bestehenden Bauten nicht mehr auf wirtschaftlich vertretbare Art und Weise erneuert werden können;
- e) Beanspruchung von Förderungsinstrumenten nach den eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Gesetzen;
- f) Verwaltung und Vermietung der Wohnungen auf der Basis der Kostenmiete;
- g) Fördern von gemeinschaftlichen Aktivitäten in den Siedlungen.

³ Die Tätigkeit der Genossenschaft ist gemeinnützig und nicht gewinnstrebig. Gemeinnützigkeit

- Beteiligungen und Mitgliedschaft ⁴ Die Genossenschaft kann sich an Unternehmen und Organisationen mit gleichen oder ähnlichen Zielsetzungen beteiligen oder eine Mitgliedschaft erwerben.

Art. 4 Grundsätze zur Vermietung

- Vermietungsreglement ¹ Die Vermietung ist im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen Aufgabe des Vorstandes, der darüber ein Vermietungsreglement erlässt. Der Vorstand sorgt auch dafür, dass die Mieter über all-fällige Auflagen aufgrund staatlicher Wohnbauförderung informiert werden und sich zu deren Einhaltung verpflichten.
- Mitgliedschaft/ Kündigungsschutz ² Die Miete von Wohnungen, Gewerberäumen oder Einfamilien-häusern der Genossenschaft setzt in der Regel den Beitritt zur Genossenschaft voraus. Der Mietvertrag mit Mitgliedern darf von der Genossenschaft nur in Verbindung mit dem Ausschluss aus der Genossenschaft gekündigt werden.
- Mietzins ³ Solange öffentlichrechtliche Wohnbauförderungsvorschriften auf-grund der ausgerichteten Unterstützungsleistungen anwendbar sind, berechnen sich die Mietzinse nach den entsprechenden Vorschriften. Im Übrigen vermietet die Genossenschaft ihre Woh-nungen grundsätzlich zu den Selbstkosten. Sie verzichtet auf die Erzielung eines eigentlichen Gewinnes. Mit den Mietzinsen müs-sen die Verzinsung des Fremd- und des Eigenkapitals, branchen-übliche Abschreibungen, Rückstellungen und Einlagen in die vom Gesetz oder von den Subventionsbehörden vorgeschriebenen sowie von der Generalversammlung beschlossenen Fonds, der laufende Unterhalt der Gebäude und der Umgebung, die Bezah-lung von Abgaben, Steuern und Versicherungsprämien, sowie die Kosten einer zeitgemässen Verwaltung und Genossenschaftsfüh-rung gedeckt sein.
- Wohnsitzpflicht ⁴ Die Mitglieder sind verpflichtet, selber in den von ihnen gemiete-ten Wohnungen zu wohnen und dort zivilrechtlichen Wohnsitz zu haben.
- Untervermietung ⁵ Die ganze oder teilweise Untervermietung einer Wohnung oder einzelner Zimmer ist nur mit vorgängiger Zustimmung des Vor-standes zulässig. Der Vorstand kann die Zustimmung zu einem entsprechenden Gesuch aus den in Art. 262 Abs. 2 OR genannten Gründen verweigern.
- Unterbelegung ⁶ Wohnungsgrösse und Zahl der Benutzer sollen in einem ange-messenen Verhältnis zueinander stehen. Einzelheiten regelt der Vorstand im Vermietungsreglement. Bei staatlich unterstützten Wohnungen gelten die Vorschriften der Subventionsbehörden.

Art. 5 Grundsätze zu Bau und Unterhalt der Gebäude

- | | | |
|---|--|-------------------------|
| 1 | Beim Bauen und Umbauen ihrer Gebäude sind der Genossenschaft besonders wichtig: Hohe Nutzungsflexibilität der Wohnungen unter Berücksichtigung auch künftiger Bedürfnisse, behindertengerechtes Bauen, hochwertige Aussenräume, kommunikative und sichere Erschliessung, geringer Folgeunterhalt sowie Einsatz von ökologisch einwandfreien Materialien und Einsparung von Energie beim Bau und Betrieb. | Ausrichtung |
| 2 | Mit einem fortlaufenden, nachhaltigen, kosten- und qualitätsbewussten Unterhalt passt die Genossenschaft ihre Gebäude an den Stand der technischen Möglichkeiten und an die zeitgemässen genossenschaftlichen Wohnbedürfnisse an und sorgt damit für die Werterhaltung der Gebäude. Dazu gehört auch die regelmässige Prüfung von Massnahmen zur Wohnwertsteigerung der Liegenschaften und ihrer Umgebung. | Unterhalt |
| 3 | Bei grösseren Umbauten und Ersatzneubauten achtet die Genossenschaft auf ein sozialverträgliches Vorgehen. Sie kündigt solche Vorhaben mindestens zwei Jahre im Voraus an und bietet den Betroffenen nach Möglichkeit mindestens ein Umsiedlungsobjekt an. Bei der Vermietung der umgebauten Gebäude und von Ersatzneubauten sind in erster Linie die bisherigen Mieter zu berücksichtigen, sofern diese den Vermietungsrichtlinien entsprechen. | Um- und Ersatzneubauten |

Art. 6 Unverkäuflichkeit der Grundstücke, Häuser und Wohnungen

- | | | |
|---|---|----------------|
| 1 | Die Grundstücke, Häuser und Wohnungen der Genossenschaft sind grundsätzlich unverkäuflich. | Verkaufsverbot |
| 2 | Beim Vorliegen wichtiger Gründe entscheidet die Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit über einen Verkauf und dessen Modalitäten. | Ausnahmen |
| 3 | Bei staatlich geförderten Wohnungen sorgt der Vorstand dafür, dass die Erwerber über allfällige Auflagen aufgrund der Wohnbauförderung informiert werden und sich zu deren Einhaltung verpflichten. | |
| 4 | Vorbehalten sind sodann besondere Vorschriften für bestimmte Wohnobjekte sowie vertragliche Verpflichtungen, insbesondere jene in Baurechtsverträgen. | |

3. Mitgliedschaft: Erwerb, Verlust und Pflichten

Art. 7 Erwerb der Mitgliedschaft

- | | |
|---|--|
| Voraussetzungen | ¹ Mitglied der Genossenschaft kann jede natürliche oder juristische Person werden, welche mindestens einen Genossenschaftsanteil übernimmt (Mitgliedschaftsanteil). |
| | ² Die Anzahl der Mitglieder ist unbeschränkt. |
| Beitritts-
gesuch
Vorstands-
beschluss | ³ Die Aufnahme erfolgt aufgrund eines schriftlichen Beitritts-
gesuchs durch einen Vorstandsbeschluss. Der Vorstand entscheidet end-
gültig und braucht die Ablehnung auch dann nicht zu begründen,
wenn der Kandidat bereits Mieter oder Untermieter einer Genos-
senschaftswohnung ist. |
| Beginn | ⁴ Die Mitgliedschaft beginnt mit der vollständigen Einzahlung der
erforderlichen Genossenschaftsanteile. |
| Mitgliederregister | ⁵ Der Vorstand führt ein Mitgliederregister. |

Art. 8 Erlöschen der Mitgliedschaft

- | | |
|---------------------|--|
| Gründe | ¹ Die Mitgliedschaft erlischt
a) bei natürlichen Personen durch Austritt, Ausschluss oder Tod;
b) bei juristischen Personen durch Austritt, Ausschluss oder Auf-
lösung. |
| Rückzahlung Anteile | ² Die Rückzahlung der Genossenschaftsanteile bei Erlöschen der
Mitgliedschaft richtet sich nach Art. 17 der Statuten. |

Art. 9 Austritt

- | | |
|-------------------------------|---|
| Kündigung des
Mietvertrags | ¹ Ist das Mitglied Mieter von Räumlichkeiten der Genossenschaft,
setzt der Austritt die Kündigung des Mietvertrags voraus. |
| Kündigungsfrist/
Zeitpunkt | ² Der Austritt aus der Genossenschaft kann nur schriftlich auf Ende
des Geschäftsjahres und unter Einhaltung einer einjährigen Kün-
digungsfrist erklärt werden. Der Vorstand kann in begründeten
Fällen den Austritt auch unter Beachtung einer kürzeren Kündi-
gungsfrist oder auf einen anderen Zeitpunkt bewilligen, so ins-
besondere bei Kündigung des Mietvertrages auf das Ende der
mietrechtlichen Kündigungsfrist. |
| Einschränkung | ³ Sobald der Beschluss zur Auflösung der Genossenschaft gefasst
ist, kann der Austritt nicht mehr erklärt werden. |

Art. 10 Tod

- ¹ Stirbt ein Mitglied, das Mieter einer Wohnung der Genossenschaft gewesen ist, kann der im gleichen Haushalt lebende Ehe- bzw. Lebenspartner – soweit er nicht bereits Mitglied der Genossenschaft ist – die Mitgliedschaft des Verstorbenen und gegebenenfalls dessen Mietvertrag übernehmen. Der/die Lebenspartner/in muss nachweisen, dass er/sie Erbe des/der Verstorbenen ist. Ehe- bzw. Lebenspartner
- ² Andere im gemeinsamen Haushalt lebende Personen können mit Zustimmung des Vorstandes Mitglied der Genossenschaft werden und einen Mietvertrag abschliessen. Andere Personen

Art. 11 Ausschluss

- ¹ Ein Mitglied kann jederzeit durch den Vorstand aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund oder einer der nachfolgenden Ausschlussgründe vorliegt: Gründe
- a) Verletzung genereller Mitgliedschaftspflichten, insbesondere der genossenschaftlichen Treuepflicht,
 - b) Missachtung statutenkonformer Beschlüsse der Generalversammlung oder des Vorstandes sowie vorsätzliche Schädigung des Ansehens oder der wirtschaftlichen Belange der Genossenschaft; Missachtung der Pflicht, selber in den gemieteten Wohnungen zu wohnen und dort zivilrechtlichen Wohnsitz zu haben;
 - c) Zweckentfremdung der Wohnung, namentlich wenn sie und dazugehörige Nebenräume vorwiegend zu geschäftlichen Zwecken benutzt werden;
 - d) Ablehnung eines zumutbaren Umsiedlungsangebotes bei Unterbelegung;
 - e) Missachtung der Bestimmungen von Statuten und Vermietungsreglement;
 - f) Ablehnung eines zumutbaren Umsiedlungsangebotes, wenn das zuständige Organ einen Beschluss über Umbau oder Abbruch der betreffenden Liegenschaft gefasst hat;
 - g) Bei Scheidung oder Trennung, sofern der Ausschluss in Art. 12 vorgesehen ist;
 - h) Vorliegen eines ausserordentlichen mietrechtlichen Kündigungsgrundes, insbesondere nach den Art. 257d OR, 257f OR, 266g OR, 266h OR sowie anderer Verletzungen des Mietvertrages;
 - i) Verletzung von Bestimmungen der Wohnbauförderung, aufgrund derer das Mietverhältnis gekündigt werden muss, sofern kein zumutbares Umsiedlungsangebot gemacht werden kann oder ein solches abgelehnt worden ist.

Mahnung ² Dem Ausschluss hat eine entsprechende Mahnung vorauszugehen, ausser wenn diese nutzlos ist oder die mietrechtliche Kündigung nach Art. 257f Abs. 4 OR erfolgt.

Mitteilung/ Berufung/
Ausschluss der auf-
schiebenden Wirkung ³ Der Beschluss über den Ausschluss ist dem betreffenden Mitglied durch eingeschriebenen Brief mit Begründung und Hinweis auf die Möglichkeit der Berufung an die Generalversammlung zu eröffnen. Dem Ausgeschlossenen steht während 30 Tagen nach Empfang der Mitteilung das Recht der Berufung an die Generalversammlung zu. Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung, doch hat der Ausgeschlossene das Recht, in der Generalversammlung seine Sicht selber darzulegen oder darlegen zu lassen.

⁴ Die Anrufung des Richters nach Art. 846 Abs. 3 OR innert 3 Monaten bleibt vorbehalten. Sie hat ebenfalls keine aufschiebende Wirkung.

⁵ Die Kündigung des Mietvertrages richtet sich nach den mietrechtlichen Bestimmungen.

Art. 12 Eheschutz, Ehescheidung

Eheschutz/
Ehetrennung ¹ Weist das Gericht in einem Eheschutzentscheid oder Trennungsurteil die Benützung der Wohnung dem Ehepartner des Mitglieds zu, kann der Vorstand mit dessen Einverständnis den Mietvertrag auf den Ehepartner übertragen. Eine solche Übertragung setzt den Erwerb der Mitgliedschaft durch die in der Wohnung verbleibende Person sowie die Übernahme der Wohnungsanteile (Art. 18 Abs. 1) voraus. Der Vorstand kann das Mitglied, dem die Benützung der Wohnung nicht zugewiesen wurde, aus der Genossenschaft ausschliessen, sofern er ihm keine andere Wohnung zur Verfügung stellen kann oder will.

Ehescheidung ² Weist das Gericht im Scheidungsurteil Wohnung und Mietvertrag dem Ehepartner des Mitglieds zu, kann der Vorstand, wenn er dem Mitglied keine andere Wohnung zur Verfügung stellen kann oder will, das Mitglied aus der Genossenschaft ausschliessen. Der Ehepartner, auf den der Mietvertrag übertragen wurde, muss Mitglied der Genossenschaft werden und die Wohnungsanteile übernehmen.

Vorbehalt ³ Die Belegungsvorschriften von Art. 4 Abs. 6 bleiben vorbehalten.

Vermögensrechtliche
Folgen ⁴ Die vermögensrechtlichen Folgen bezüglich der Genossenschaftsanteile richten sich nach dem Eheschutzentscheid bzw. dem Trennungs- oder Scheidungsurteil bzw. der Konvention, wobei eine Auszahlung von Anteilkapital erst erfolgt, nachdem der verbleibende Ehepartner einen entsprechenden Betrag der Genossenschaft überwiesen hat.

Art. 13 Verpfändung und Übertragung von Genossenschaftsanteilen

- | | |
|---|--|
| <p>¹ Jede Verpfändung und sonstige Belastung von Genossenschaftsanteilen sowie deren Übertragung an Personen, die nicht Mitglieder der Genossenschaft sind, sind ausgeschlossen.</p> <p>² Die Übertragung von Genossenschaftsanteilen ist nur von Mitglied zu Mitglied zulässig und benötigt einen schriftlichen Abtretungsvertrag und die Zustimmung des Vorstandes.</p> | <p>Verpfändung/
Belastung</p> <p>Übertragung</p> |
|---|--|

Art. 14 Persönliche Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet:

- | | |
|---|---|
| <p>a) Die Interessen der Genossenschaft in guten Treuen zu wahren;</p> <p>b) den Statuten sowie den Beschlüssen der Genossenschaftsorgane nachzuleben;</p> <p>c) nach Möglichkeit an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen und in genossenschaftlichen Gremien mitzuwirken.</p> | <p>Treuepflicht</p> <p>Befolgungspflicht
Teilnahmepflicht</p> |
|---|---|

4. Finanzielle Bestimmungen

Art. 15 Genossenschaftsanteile

- | | |
|---|-------------------------------------|
| <p>¹ Das Genossenschaftskapital besteht aus der Summe der gezeichneten Genossenschaftsanteile. Bei den Genossenschaftsanteilen wird zwischen Mitgliedschafts- und Wohnungsanteilen unterschieden. Die Genossenschaftsanteile lauten auf einen Nennwert von je 1000 Franken und müssen voll einbezahlt werden. Ausnahmsweise kann der Vorstand für die Wohnungsanteile Ratenzahlung bewilligen. Der Vorstand kann für neue Mitglieder jederzeit neue Genossenschaftsanteile ausgeben.</p> <p>² Für Genossenschaftsanteile werden keine Anteilscheine ausgegeben.</p> | <p>Genossenschafts-
anteile</p> |
|---|-------------------------------------|

Art. 16 Verzinsung der Genossenschaftsanteile

- | | |
|---|------------------|
| <p>¹ Die Mitgliedschaftsanteile dürfen nur verzinst werden, wenn das Rechnungsergebnis dies gestattet und die gesetzlich und statutarisch vorgeschriebenen Fondseinlagen und Abschreibungen vorgenommen wurden. Wohnungsanteile werden nicht verzinst.</p> | <p>Grundsatz</p> |
|---|------------------|

- Zinssatz ² Die Generalversammlung bestimmt alljährlich den Zinssatz, wobei der Hypothekarische Referenzzinssatz bei Mietverhältnissen und der für die Befreiung von der Eidg. Stempelabgabe zulässige Zinssatz und gegebenenfalls die in Bestimmungen der Wohnbauförderung vorgesehenen Grenzen nicht überschritten werden dürfen.
- ³ Die Verzinsung erfolgt für jeweils ein Geschäftsjahr. Der nicht einbezahlte Betrag wird nicht verzinst.

Art. 17 Rückzahlung der Genossenschaftsanteile

- Grundsatz ¹ Ausscheidende Mitglieder bzw. deren Erben haben keine Ansprüche auf Genossenschaftsvermögen mit Ausnahme des Anspruchs auf Rückzahlung der von ihnen einbezahlten Genossenschaftsanteile.
- Ausnahmen ² Kein Rückzahlungsanspruch besteht bei Genossenschaftsanteilen, die nach Art. 10 und 12 der Statuten vom Partner übernommen werden. Die Rückzahlung von Anteilen, die mit Mitteln der beruflichen Vorsorge erworben wurden, hat nach Weisung des bisherigen Mitglieds zu seinen Gunsten entweder an eine Wohnbaugenossenschaft, bei der es nun eine Wohnung selbst dauernd bewohnt, oder an eine Einrichtung der beruflichen Vorsorge oder nach Erreichen des Rentenalters an das bisherige Mitglied selbst zu erfolgen.
- Betrag ³ Die Rückzahlung erfolgt zum Bilanzwert des Austrittsjahres unter Ausschluss der Reserven und Fondseinlagen, höchstens aber zum Nennwert. Hat die Mitgliedschaft weniger als zwei Jahre gedauert, kann bei der Rückzahlung eine Umtriebsentschädigung von max. 10% in Abzug gebracht werden.
- Fälligkeit ⁴ Die Auszahlung und Verzinsung der Mitgliedschaftsanteile erfolgt innert eines Monats nach Genehmigung der Jahresrechnung und Festlegung des Zinssatzes durch die nächste ordentliche Generalversammlung. Falls die Finanzlage der Genossenschaft dies erfordert, ist der Vorstand berechtigt, die Rückzahlung bis auf die Dauer von drei Jahren hinauszuschieben, wobei die Verzinsung wie bei ungekündigten Mitgliedschaftsanteilen erfolgt.
- Vorzeitige Rückzahlung ⁵ In besonderen Fällen kann der Vorstand beschliessen, dass die Genossenschaftsanteile vorzeitig zurückbezahlt werden.
- Verrechnung ⁶ Die Genossenschaft ist berechtigt, die ihr gegenüber dem ausscheidenden Mitglied zustehenden Forderungen mit dessen Guthaben aus den Genossenschaftsanteilen zu verrechnen.

Art. 18 Wohnungsanteile

- | | |
|--|----------------------------|
| ¹ Mitglieder, die Räumlichkeiten der Genossenschaft mieten, müssen zusätzlich zum Mitgliedschaftsanteil (vgl. Art. 7 Abs. 1) hinzu weitere Anteile (Wohnungsanteile) übernehmen. Einzelheiten regelt der Vorstand in einem Reglement, wobei der zu übernehmende Betrag nach Zimmerzahl und Anlagekosten der Wohnung abgestuft ist, den Wohnbauförderungsvorschriften entsprechen sowie für die Finanzierung der Bauten ausreichen muss. Der Maximalbetrag beträgt 10% der Anlagekosten der gemieteten Räumlichkeiten. | Wohnungsanteile |
| ² Mieten mehrere Mitglieder gemeinsam Räumlichkeiten der Genossenschaft, können die für diese Räumlichkeiten zu übernehmenden Wohnungsanteile auf diese Mitglieder in einem von ihnen gewählten Verhältnis verteilt werden. Diese Bestimmung gilt insbesondere für Ehepaare und Partnerschaften. | Gemeinsames Mietverhältnis |
| ³ Die Wohnungsanteile können mit Mitteln der beruflichen Vorsorge erworben werden. Der Vorstand regelt den Vollzug in einem Reglement. | Berufliche Vorsorge |
| ⁴ Die Wohnungsanteile werden grundsätzlich nicht verzinst. Eine allfällige Verzinsung wird durch den Vorstand bestimmt. | Verzinsung |
| ⁵ Genossenschaftsanteile sind unkündbar, solange das Mitglied Räumlichkeiten der Genossenschaft mietet. | Kündigung |

Art. 19 Depositenkasse

- | | |
|---|-----------|
| ¹ Mitglieder und der Genossenschaft nahe stehende Personen können in der Depositenkasse der Genossenschaft Geld zinstragend anlegen. | Grundsatz |
| ² Einzelheiten regelt der Vorstand im Depositenkassenreglement. | Reglement |

Art. 20 Haftung

Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Genossenschaftsvermögen. Jede Nachschusspflicht oder Haftbarkeit des einzelnen Mitglieds ist ausgeschlossen.	Keine persönliche Haftung und Nachschusspflicht
--	---

Art. 21 Jahresrechnung und Geschäftsjahr

- | | |
|---|-----------|
| ¹ Die Jahresrechnung besteht aus Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang und wird nach den Bestimmungen von Art. 957–960e OR aufgestellt. Leistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden sind offen auszuweisen. | Grundsatz |
|---|-----------|

Prüfung ² Die Jahresrechnung ist der Revisionsstelle zur Prüfung zu unterbreiten.

Geschäftsjahr ³ Als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr.

Art. 22 Reservefonds

Grundsatz ¹ Der Jahresgewinn, welcher aufgrund der Jahresbilanz berechnet wird, dient in erster Linie der Äufnung eines Reservefonds.

Höhe der Einlage ² Die Generalversammlung entscheidet unter Beachtung von Art. 860 Abs. 1 OR über die Höhe der Einlage in den Reservefonds.

Beanspruchung ³ Über die Beanspruchung des Reservefonds entscheidet der Vorstand unter Beachtung von Art. 860 Abs. 3 OR.

Art. 23 Weitere Fonds

Erneuerungsfonds ¹ Es werden die folgenden weiteren Fonds geäufnet:
a) ein Erneuerungsfonds, der mindestens nach den behördlichen Vorschriften zu äufnen ist;

Amortisationskonto
Heimfallfonds b) ein Amortisationskonto, das mindestens nach den behördlichen Vorschriften zu äufnen ist;

c) ein Heimfallfonds, soweit und in dem Masse als Baurechtsverträge dies vorschreiben.

Verwaltung/
Überprüfung ² Die Mittel der Fonds werden vom Vorstand entsprechend dem jeweiligen Zweck verwaltet und verwendet sowie im Rahmen der Gesamtrechnung von der Revisionsstelle überprüft.

Weitere Fonds ³ Die Generalversammlung kann im Rahmen von Art. 862 und 863 OR weitere Fonds äufnen und entsprechende Reglemente erlassen.

Art. 24 Entschädigung der Organe

Grundsätze ¹ Die Mitglieder des Vorstandes haben Anspruch auf eine massvolle Entschädigung, welche sich nach den Aufgaben und der Arbeitsbelastung der einzelnen Mitglieder richtet und vom Vorstand selber festgelegt wird.

Revisionsstelle ² Die Revisionsstelle wird nach den branchenüblichen Ansätzen entschädigt.

Kommissionen ³ Mitglieder von Kommissionen haben Anspruch auf ein massvolles Sitzungsgeld.

- | | | |
|---|--|--------------------------|
| 4 | Die Ausrichtung von Gewinnanteilen (Tantiemen) ist ausgeschlossen. | Ausschluss von Tantiemen |
| 5 | Die Gesamtsumme der Entschädigungen aller Organe, getrennt nach Vorstand, Revisionsstelle und weiteren Organen, ist in der Rechnung auszuweisen. | Ausweis |
| 6 | Ferner werden den Mitgliedern von Vorstand, Revisionsstelle und Kommissionen die im Interesse der Genossenschaft aufgewendeten Auslagen ersetzt. | Auslagenersatz |

5. Organisation

5.1 Organe

Art. 25 Überblick

Die Organe der Genossenschaft sind:

Überblick

- a) die Generalversammlung;
- b) der Vorstand;
- c) die Revisionsstelle;
- d) die Siedlungsorgane.

5.2 Generalversammlung

Art. 26 Befugnisse

- | | | |
|---|--|------------|
| 1 | Der Generalversammlung stehen die nachfolgenden Befugnisse zu: | Befugnisse |
|---|--|------------|
- a) Festsetzung und Abänderung der Statuten;
 - b) Wahl und Abberufung des Vorstandes, des Präsidenten und der Revisionsstelle;
 - c) Genehmigung des Jahresberichtes des Vorstandes;
 - d) Abnahme der Jahresrechnung und Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes;
 - e) Entlastung der Mitglieder des Vorstandes;
 - f) Beschlussfassung über Berufungen gegen Ausschlussbeschlüsse des Vorstandes;
 - g) Beschlussfassung über den Verkauf von Grundstücken, Häusern und Wohnungen und die Einräumung von Baurechten;
 - h) Beschlussfassung über Auflösung oder Fusion der Genossenschaft;
 - i) Beschlussfassung über auf Antrag von Mitgliedern traktandierete Geschäfte, soweit dieses der Beschlussfassung durch die Generalversammlung unterliegt (Art. 26 Abs. 2);

- j) Beschlussfassung über alle weiteren Gegenstände, die durch Gesetz oder Statuten der Generalversammlung vorbehalten sind oder die vom Vorstand der Generalversammlung unterbreitet werden.

Anträge auf Traktandierung ² Anträge der Mitglieder auf Traktandierung eines Geschäftes gemäss Buchstabe j) müssen spätestens 60 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung beim Vorstand schriftlich eingereicht werden. Der Termin der ordentlichen Generalversammlung ist jeweils mindestens drei Monate zum Voraus bekannt zu geben.

- ³ Über Geschäfte kann nur abgestimmt werden, wenn sie traktandiert sind. Zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Traktanden bedarf es keiner vorgängigen Ankündigung.

Art. 27 Einberufung und Leitung

Ordentliche Generalversammlung ¹ Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten Hälfte des Kalenderjahres statt.

Ausserordentliche Generalversammlung ² Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, sofern eine vorangegangene Generalversammlung, der Vorstand, die Revisionsstelle bzw. die Liquidatoren dies beschliessen oder der zehnte Teil der Mitglieder dies verlangt. Besteht die Genossenschaft aus weniger als 30 Mitgliedern, muss die Einberufung von mindestens drei Mitgliedern verlangt werden. Die Einberufung hat innert 10 Wochen nach Eingang des Begehrens zu erfolgen.

Einberufung ³ Die Generalversammlung wird durch den Vorstand mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag einberufen. In der Einberufung sind die Traktandenliste und bei Anträgen auf Änderung der Statuten der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderungen bekannt zu geben. Bei ordentlichen Generalversammlungen werden der Einladung Jahresbericht, Jahresrechnung und Bericht der Revisionsstelle beigelegt; diese Unterlagen sind auch 20 Tage vor dem Versammlungstag am Geschäftsdomizil der Genossenschaft zur Einsicht aufzulegen.

Leitung ⁴ Die Generalversammlung wird vom Präsidenten oder einem Mitglied des Vorstandes geleitet. Sie kann auf Antrag des Vorstandes einen Tagespräsidenten wählen.

Art. 28 Stimmrecht

Grundsatz ¹ Jedes Mitglied hat in der Generalversammlung eine Stimme.

- | | | |
|---|---|------------|
| 2 | Es kann sich mit schriftlicher Vollmacht durch ein anderes Mitglied vertreten lassen. Niemand kann mehr als ein anderes Mitglied vertreten. | Vertretung |
| 3 | Bei Beschlüssen über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes haben die Vorstandsmitglieder kein Stimmrecht. | Ausstand |

Art. 29 Beschlüsse und Wahlen

- | | | |
|---|---|----------------------|
| 1 | Die Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn sie statuten gemäss einberufen worden ist. | Beschlussfähigkeit |
| 2 | Wahlen und Abstimmungen erfolgen offen, sofern nicht ein Drittel der Stimmenden die geheime Durchführung verlangt. | Geheime Durchführung |
| 3 | Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Wahlen gilt im ersten Wahlgang das absolute, im zweiten Wahlgang das relative Mehr. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. | Beschlussfassung |
| 4 | Für den Verkauf von Grundstücken und die Einräumung von Bau-rechten, für Statutenänderungen sowie für Auflösung und Fusion der Genossenschaft ist die Zustimmung von zwei Dritteln der ab-gegebenen Stimmen notwendig. | Qualifiziertes Mehr |
| 5 | Die Art. 889 OR und Art. 18 Abs. 1 Buchst. d Fusionsgesetz bleiben vorbehalten. | |
| 6 | Über Beschlüsse und Wahlergebnisse wird ein Protokoll geführt, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. | Protokoll |

5.3 Vorstand

Art. 30 Wahl und Wählbarkeit

- | | | |
|---|---|-------------|
| 1 | Der Vorstand besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern. Die Mehrheit muss aus Genossenschaftern bestehen und sollte nach Möglich-keit in der Genossenschaft wohnen. Der Präsident wird von der Generalversammlung bestimmt; im Übrigen konstituiert sich der Vorstand selbst. Er ernennt einen Protokollführer, der nicht dem Vorstand anzugehören braucht. | Grundsatz |
| 2 | Nicht wählbar bzw. zum Rücktritt verpflichtet sind Personen, die in dauernder wesentlicher geschäftlicher Beziehung zur Genossen-schaft stehen. | Wählbarkeit |

- | | |
|-------------------------|---|
| Amtsdauer | ³ Die Mitglieder des Vorstandes werden auf drei Jahre gewählt und sind wieder wählbar. Wahlen innert einer Amtsdauer gelten bis zu deren Ablauf. |
| Öffentliche Gemeinwesen | ⁴ Solange finanzielle Beteiligungen und Baurechte auf Grundstücken von Körperschaften des öffentlichen Rechts bestehen, haben diese das Recht je eine Vertretung in den Vorstand zu bestimmen (Art. 926 OR). |

Art. 31 Aufgaben

- | | |
|-----------------------------|--|
| Kompetenzvermutung | ¹ Der Vorstand ist im Rahmen der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen für die Verwaltung und für alle Geschäfte der Genossenschaft zuständig, die nicht ausdrücklich einem anderen Organ vorbehalten sind. |
| Geschäftsbericht | ² Er erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung (Art. 21) und dem Jahresbericht zusammensetzt. Der Jahresbericht stellt den Geschäftsverlauf sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Genossenschaft dar und gibt die Prüfungsbestätigung der Revisionsstelle wieder. |
| Zeichnungsbe-
rechtigung | ³ Er bestimmt die zeichnungsberechtigten Personen und die Art ihrer Zeichnung, wobei nur Kollektivunterschrift zu zweien erteilt werden darf. |

Art. 32 Kompetenzdelegation

- | | |
|-----------------------------|--|
| Grundsatz | ¹ Der Vorstand ist ermächtigt, die Geschäftsführung oder einzelne ihrer Zweige an eines oder mehrere seiner Mitglieder (Ausschüsse), an ständige oder zu speziellem Zweck eingesetzte Kommissionen und/oder an eine oder mehrere Personen zu übertragen, die nicht Mitglieder der Genossenschaft zu sein brauchen (Geschäftsstelle). Kommissionsmitglieder müssen nicht Mitglied der Genossenschaft sein. |
| Organisations-
reglement | ² Der Vorstand erlässt ein Organisationsreglement, welches die Aufgaben von Vorstand, Ausschüssen, Kommissionen und Geschäftsstelle festlegt sowie insbesondere die Berichterstattungspflicht regelt. |

Art. 33 Vorstandssitzungen

- | | |
|-------------|--|
| Einberufung | ¹ Vorstandssitzungen werden vom Präsidenten einberufen, so oft dies die Geschäfte erfordern, ferner wenn zwei Vorstandsmitglieder die Einberufung einer Vorstandssitzung verlangen. |
|-------------|--|

- | | |
|--|------------------------|
| ² Der Vorstand ist bei Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder beschlussfähig. Er beschliesst mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende mit Stichentscheid. | Beschlussfassung |
| ³ Sofern kein Vorstandsmitglied die mündliche Beratung verlangt und die Mehrheit der Vorstandsmitglieder mitwirkt, gelten ohne Gegenstimme schriftlich oder per E-Mail gefasste Zirkulationsbeschlüsse als gültige Vorstandsbeschlüsse. Sie sind ins Protokoll der nächsten Vorstandssitzung aufzunehmen. | Zirkulationsbeschlüsse |
| ⁴ Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Vorstandes ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen. | Protokoll |

5.4 Revisionsstelle

Art. 34 Wahl

- | | |
|---|------|
| ¹ Als Revisionsstelle ist ein zugelassener Revisor oder eine zugelassene Revisionsunternehmung nach dem Revisionsaufsichtsgesetz (Art. 5 f. RAG) und Art. 727c OR auf die Dauer von einem Jahr von der Generalversammlung zu wählen. Wahlen innert der Amtsdauer gelten bis zu deren Ablauf. | Wahl |
|---|------|

Art. 35 Aufgaben

- | | |
|---|---------------------------------|
| ¹ Wählt die Generalversammlung eine Revisionsstelle, führt diese eine eingeschränkte Revision nach Art. 729 ff. OR durch. Die Aufgaben und Verantwortung der Revisionsstelle richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. | Eingeschränkte Revision |
| ² Mindestens ein Vertreter der Revisionsstelle ist verpflichtet, an der ordentlichen Generalversammlung teilzunehmen. | Teilnahme an Generalversammlung |
| ³ Der Revisionsstelle ist jederzeit, auch ohne Voranmeldung, Einsicht in die gesamte Geschäfts- und Rechnungsführung zu gewähren. Es sind ihr alle gewünschten Auskünfte zu erteilen. Sie ist zu Zwischenrevisionen berechtigt. | Einsichtsrecht |
| ⁴ Die Revisionsstelle ist verpflichtet, jede von ihr festgestellte Unregelmässigkeit dem Vorstand mitzuteilen. | Meldepflicht |
| ⁵ Die Revisionsstelle wahrt bei der Berichterstattung die Geschäftsgeheimnisse der Genossenschaft. Es ist ihr untersagt, von den Wahrnehmungen, die sie bei der Ausführung ihres Auftrages gemacht haben, einzelnen Mitgliedern der Genossenschaft oder Dritten Kenntnis zu geben. | Pflicht zu Verschwiegenheit |

5.5 Siedlungsorgane

Art. 36 Siedlungsversammlung

- Grundsatz ¹ Die Siedlungsversammlung ist die Versammlung in einer oder in mehreren, zusammengeschlossenen Siedlungen wohnhafter Mitglieder.
- Befugnisse ² In die Kompetenz der Siedlungsversammlung fallen:
- a) Wahl der Siedlungskommission;
 - b) Beschlussfassung über Angelegenheiten, welche vom Vorstand an die Siedlungsversammlung delegiert werden;
 - c) Beratung über Fragen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in der Siedlung.
- Einberufung/
Stimmrecht/
Beschlussfassung ³ Die ordentliche Siedlungsversammlung findet im vierten Quartal des Geschäftsjahres statt. Sie wird von der Siedlungskommission, bei deren Fehlen vom Vorstand einberufen. Im Übrigen gelten für die Einberufung, das Stimmrecht sowie die Beschlussfassung die Art. 27– 29 der Statuten sinngemäss.

Art. 37 Siedlungskommission

- Mitglieder ¹ Die Siedlungskommission besteht aus minimal drei Mitgliedern der Genossenschaft. Die Siedlungskommission konstituiert sich selbst.
- Amtsdauer ² Die Mitglieder der Siedlungskommission werden von der Siedlungsversammlung für ein Jahr gewählt.
- Aufgaben ³ Die Siedlungskommission amtet als Bindeglied zwischen Siedlung und Vorstand und wahrt deren Interessen. Sie hat insbesondere die nachfolgenden Aufgaben:
- a) Pflege des genossenschaftlichen Zusammenlebens in der Siedlung;
 - b) Förderung von genossenschaftlichen Aktivitäten in der Siedlung;
 - c) Vorbereitung und Einberufung der Siedlungsversammlung;
 - d) Verwaltung des Gemeinschaftsraumes;
 - e) Führen der Siedlungskasse;
 - f) jährliche Berichterstattung an den Vorstand.
- ⁴ Einzelheiten regelt der Vorstand im Siedlungsreglement.

6. Schlussbestimmungen

6.1 Auflösung durch Liquidation bzw. Fusion

Art. 38 Liquidation

- | | |
|--|--------------|
| ¹ Eine besonders zu diesem Zweck einberufene Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung der Genossenschaft durch Liquidation beschliessen. | Beschluss |
| ² Der Vorstand führt die Liquidation nach den Vorschriften von Gesetz und Statuten durch, falls die Generalversammlung damit nicht besondere Liquidatoren beauftragt. | Durchführung |

Art. 39 Liquidationsüberschuss

- | | |
|--|-----------------------------|
| ¹ Das Genossenschaftsvermögen, das nach Tilgung aller Schulden und Rückzahlung sämtlicher Genossenschaftsanteile zum Nennwert verbleibt, wird vollumfänglich der Stiftung Solidaritätsfonds von «wohnbaugenossenschaften schweiz» übereignet. | Liquidations-
überschuss |
| ² Abweichende Bestimmungen der Wohnbauförderung von Bund, Kanton, Gemeinden oder deren Anstalten bleiben vorbehalten. | Wohnbauförderung |

Art. 40 Fusion

- | | |
|--|--------------|
| ¹ Die Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung der Genossenschaft durch Fusion mit einem anderen gemeinnützigen Wohnbauträger beschliessen. | Beschluss |
| ² Die Vorbereitung der Fusion ist Sache des Vorstandes. Er kann dazu jedoch vorgängig die Generalversammlung in einer Konsultativabstimmung befragen. | Durchführung |

6.2 Bekanntmachungen

Art. 41 Mitteilungen und Publikationsorgan

- | | |
|---|----------------------|
| ¹ Die von der Genossenschaft an die Mitglieder ausgehenden internen Mitteilungen und Einberufungen erfolgen schriftlich, durch E-Mail oder durch Zirkular, sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. | Interne Mitteilungen |
| ² Publikationsorgan der Genossenschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt. | Publikationen |

6.3 Genehmigung

Art. 42 Genehmigung durch das Bundesamt für Wohnungswesen

Genehmigung Diese Statuten und ihre Änderungen bedürfen vor der Beschlussfassung durch die Generalversammlung einer Genehmigung durch das Bundesamt für Wohnungswesen.

Die vorstehenden Statuten sind an der Generalversammlung vom 15. Juli 2020 angenommen worden und ersetzen die Fassung vom 28. Mai 2010.

Der Präsident:
Werner Merz

Die Aktuarin:
Rita Annen Hemmi

